

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/64

Bonn, den 1. April 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Labours Triumph	52

Zum Ergebnis der Unterhauswahlen in England

2 - 3	Lager Friedland - heute	91
-------	-------------------------	----

„Noch brennen in mir die Tränen...“

Von Maria Meyer-Sevenich,
Ministerin in Niedersachsen

4	Otto Heß und seine Sippe	17
---	--------------------------	----

Verstaubte Begriffe - falsche Töne

4	Wer lernte von wem ?	24
---	----------------------	----

Adenauers und de Gaulles "einsame Beschlüsse"

5 - 6	VOR ZWANZIG JAHREN	
-------	--------------------	--

Wie die Sowjets im Gebiet von Magdeburg
die Einheitspartei erzwangen

Von Gustav Schmidt-Küster, Hannover

+ + +

Labours Triumph

Faktor der Stabilisierung

ler - Die Fragezeichen, die über dem ersten Labour-Kabinetts Harold Wilson standen, sind verschwunden. Großbritannien hat nun wieder eine starke Regierung. Sie kann sich auf eine Mehrheit von über 700 Sitzen im britischen Unterhaus stützen, braucht Abstimmungsniederlagen nicht mehr zu befürchten und wird nach menschlichem Ermessen fünf Jahre im Amt bleiben.

Das Handicap des ersten Kabinetts Wilson war die geringe Unterhausmehrheit von drei Sitzen. Das Schicksal dieser Regierung hing immer in der Schwebe; Wilson mußte äußerst vorsichtig lavieren. Dennoch ist es ihm in anderthalbjähriger Regierungszeit gelungen, das bedrückende Defizit in der britischen Zahlungsbilanz zu halbieren, die von den Konservativen prophezeite Arbeitslosigkeit zu vermeiden und Rekordhöhen im Bau von Schulen und Krankenhäusern zu erzielen. Seine überzeugenden Führungsqualitäten fanden durch das Ergebnis der Unterhauswahlen eine glänzende Bestätigung. Die britische Nation vertraute Wilson und seiner Partei, nun mit einem großen Vertrauensvotum ausgestattet, wieder die Führung an, in Zeiten, die Mut, Einsicht und Gestaltungskraft fordern. Nun hat Wilson freie Hand, mit einer bösen konservativen Erbschaft aufzuräumen und Großbritannien ein modernes Gesicht zu geben. Wilson und die Labour-Party verbargen vor den 36 Millionen Wählern nicht den Ernst der Situation, sie machten keine billigen Wahlversprechungen und sie scheuten nicht den Mut zur Unpopularität.

Das Schwergewicht der künftigen Innenpolitik liegt in der Modernisierung der britischen Industrie, in der Verbesserung der Sozialversicherung, im forcierten Wohnungsbau und in der gesteigerten Fähigkeit zu exportieren. Großbritannien muß exportieren, um leben zu können.

Noch immer nimmt Großbritannien eine wichtige Stellung in der Weltpolitik ein, es gehört zu den bedeutsamsten und verlässlichsten Partnern der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Durch seine vielfältigen, wenn auch sich lockernden Bindungen zum Commonwealth gleicht es einem Abbild der UNO, auf deren Boden sich die verschiedensten Rassen, Regime und Ideologien begegnen. Ein starkes in sich erneuertes Großbritannien ist in unsicheren Zeiten ein stabilisierender Faktor, seine Loyalität zu eingegangenen Verpflichtungen ein fester Punkt in der Erscheinungen Flucht. Unangenehme, das Gleichgewicht zwischen West und Ost störende politische Handlungen sind von einer Labour-Regierung nicht zu erwarten. Die Treue zur atlantischen Allianz, die Stärkung der Vereinten Nationen und der Abbau von internationalen Spannungen bleiben unverrückbare Ziele der Labour-Außenpolitik.

Auch das Verhältnis zu Europa bleibt von Labours Sieg nicht unberührt. Schmerzlich empfindet Großbritannien die Kluft, die zwischen den europäischen Wirtschaftsblöcken der EWG und der EFTA besteht, und es ist sich auch der Gefahren bewußt, die sich aus einer Vertiefung des Grabens für ganz Europa ergeben. Verstärkte Bemühungen in der Richtung, EFTA und EWG einander näherzubringen, dürften zu erwarten sein. Da bietet sich vieles an: Gemeinsame Industrieunternehmungen, wissenschaftliche Zusammenarbeit und Intensivierung der politischen und kulturellen Verbindungen.

Labours überwältigender Wahlsieg setzt einen neuen in die Zukunft weisenden Markstein in der Geschichte Großbritanniens und seinen Beziehungen zu Europa. Von ihm wird eine stabilisierende Wirkung ausgehen.

Lager Friedland - heute

Noch brennen in mir die Tränen...

Von Maria Meyer-Sevenich,
Ministerin in Niedersachsen

Vielen in der Bundesrepublik klingt das wie eine schon ferne Vergangenheit, ein überwundenes Stadium. Das hing einmal mit Flüchtlingsströmen zusammen, mit unermesslichen Zahlen von Heimkehrern. Aber all das ist doch jetzt vorüber, ist glücklich bewältigte Vergangenheit. Sie fordern zwar noch, alle diese Leute, heute nach fast zwanzig Jahren. Aber haben wir nicht genug geleistet? Haben sie nicht alle wieder die Füße unter einem eigenen Tisch, schlafen wieder in einem eigenen Bett? Warum dann noch immer wieder Lärm und Diskussionen um längst abgeschlossene Dinge?

Es ist im Februar dieses Jahres. Ich bin einen ganzen Tag im Lager Friedland, das zu meinem Ministerium gehört, um Probleme des Lagers zu besprechen und zu entscheiden. Ich führe ein einstündiges Gespräch mit zwei jüngeren und einer alten Frau. Hinterher stellt sich dann heraus, daß sie keineswegs ganz so alt ist, wie ihr Äußeres vermuten läßt: Drei Menschen von etwa 200 Spätaussiedlern, im wesentlichen aus den von Polen verwalteten deutschen Ostgebieten, die sich in diesen Tagen im Lager befinden. Sie werden schnell durchgeschleust, eingekleidet, mit einer ersten materiellen Hilfe versehen und ihren Familien zugeführt, die die Rückführung beantragt haben.

Damit wird für sie beginnen, was ich heute nicht mit ihnen bespreche - das Wohnungsproblem. Ihre sie aufnehmenden Angehörigen leben zumeist ja nicht so, daß sie auf Dauer eine ganze Familie aufnehmen können, ohne selbst ein Notquartier zu werden. Ich wage nicht, den Neuangekommenen in ihren ersten Stunden in der Freiheit zu sagen, wie schwer das alles sein wird, wie es angesichts der eingeschränkten Möglichkeiten des Wohnungsbaus in der Bundesrepublik auch immer schwerer in dieser Einsicht wird. Etwa 2 000 Menschen und mehr kommen im Monat durch Friedland, und wir rechnen - und hoffen - daß die Zahlen steigen werden. Man schätzt, daß zwischen 1,25 und 1,75 Millionen Menschen noch auf die Aussiedlung warten. Rund 500 000 schon gestellte Rückführungsanträge liegen beim Roten Kreuz.

Ich bin durch die Unterkünfte gegangen, und noch brennen in mir die Tränen, die ich erlebt habe. Tränen von alten und älteren Menschen aus dem oberschlesischen Industriegebiet, die von ihren noch arbeitsfähigen Familienangehörigen, die man zurückhielt, getrennt worden sind. Ich sehe noch die hilflosen Gesichter der Kinder aller Altersstufen, die kein Wort unserer Sprache verstanden und sich hilflos und ängstlich hinter dem Rücken der Mutter versteckten. Wir werden sie besonders sorgfältig einschulen müssen, um ihnen mit den Grundelementen der eigenen Sprache die ersten wirklichen Kontakte und Verwurzelungen in der neuen Heimat zu ermöglichen.

Und dann frage ich die drei Frauen, wie es gewesen ist, bevor sie erfuhren, daß ihre Ausreise in die Bundesrepublik genehmigt ist. Der Bericht ist kurz - und hart.

An dem Tage, an dem sie den Rückführungsantrag stellten, wurden sie rücksichtslos und sofort von ihrem Arbeitsplatz entfernt. Von da ab dauerte es noch drei Jahre, bis sie endlich fahren konnten. "Wir haben sechs Tage und sechs Nächte bei den Behörden Schlange gestanden, ehe wir drankamen. Zwischendurch haben wir im Bahnhofswartesaal gelegentlich einmal zwei Stunden auf einer Bank geschlafen, um den Warteplatz nicht einzubüßen", schildern sie ihre Schwierigkeiten, um ihren Aussiedlungsantrag bei der zuständigen Wojewodschaft überhaupt erst einmal anbringen zu können.

Bis zum Zeitpunkt der Aussiedlung haben sie beim Bauern gearbeitet, um ihr Leben zu fristen. Eine habe heimlich Näharbeiten gemacht, berichten die jüngeren Frauen. Die ältere zuckt nur hilflos die Achseln und läßt die Tränen über die Wangen rollen: "Es war schrecklich schwer."

Dennoch kommen diese Menschen unter solchen ungeheuren Opfern und Entbehrungen. So wie immer wieder durch Todesgefahr, Mienen und Kugelregen Menschen aus dem Ulbrichtbereich zu uns flüchten.

Ahnen wir hier im Westen überhaupt noch, was unsere Freiheit wert ist? Nehmen wir sie nicht zu einfach hin als etwas Selbstverständliches? Denken wir wirklich einmal darüber nach, daß wir damit ein Gut besitzen, für das viele mit Leib und Leben zahlen, das Ungezählte noch mit unvorstellbarer Sehnsucht erwarten?

Ich möchte, daß bekannt wird, was heute noch Tag für Tag in Friedland geschieht. Ich möchte die dort aufgebaute Ausstellung der Geschichte Friedlands, ein großartiges Bildwerk in Fotografien und Bildern, allen denen leihen, die in ihren Städten und Kreisen mir dabei helfen wollen.

Warum all' das? Damit wir nicht lieblos - und oft etwas blasiert - an Aufgaben herangehen, die politische Aufgaben des gesamten Deutschlands sind und in die Hände der Deutschen gelegt, die im freien Teil ihres Vaterlandes leben dürfen.

Gewiß gehört zur guten politischen Arbeit nüchterner Sachverstand, klare harte Ehrlichkeit den Menschen und Dingen gegenüber. Aber der tragende Grund muß die Warmherzigkeit des menschlichen Verstehens sein. Grundlage aller recht verstandenen Freiheit ist die offene, liebende, den Menschen als Grundwert und Eckpfeiler der Schöpfungsordnung erkennende Hinwendung zu ihm. Nichts Schlimmeres könnte uns passieren, als wenn das Wort "Bruder" zum Slogan würde. Gedankenlos angewandt, wird es seines innersten Sinnes leichtfertig beraubt und entleert.

Das Geschehen von Friedland in seiner Vergangenheit, Gegenwart und noch auf längere Jahre hindeutenden Zukunft sollte uns helfen, eine solche, allen politischen Sinn verderbende Urschuld nicht auf uns zu laden.

Otto Heß und seine Sippe

Vorstaubte Begriffe - falsche Töne

sp - Auch wenn einer mal Regierungsrat in Rheinland-Pfalz war, Wartegeld oder Pension vom demokratischen Staat bezieht, klingen bei allen Rechtfertigungsversuchen einer braunen Vergangenheit falsche Töne durch. So auch bei Otto Heß, führendes Mitglied der NPD. Als Journalisten ihn fragen, ob er nicht bei den Nazis das Reden gelernt und es bis zum Gau-Redner gebracht habe, wird Otto böse. Alles vergessend tönt er:

- * "Meine männlichen Vorfahren sind seit drei Generationen Bürgermeister gewesen; meine Eloquenz muß deshalb sippenmäßiger Art sein."

Wer so prompt mit verstaubten Begriffen und falschen Tönen reagiert, kann hundertmal behaupten, er stehe "treu zum demokratischen Staat" und fühle sich "dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet". Es nützt ihm alles nichts, die braune Suppe sickert doch aus den geistigen Stiefelschäften durch. Dabei nennt sich Otto Heß selbst "ein gebildeter Mann". Leider reicht seine Bildung nicht aus, um zu merken, wie tief bei ihm die "Sippe" sitzt. Das aber ist gar nicht so schlecht; auf diese Weise merkt jeder, aus welcher Ecke der Wind weht.

+ + +

Wer lernte von wem ?

Adenauers und de Gaulles "einsame Beschlüsse"

sp - In der Bundesrepublik hat man sich früher oft über Adenauers einsame Beschlüsse beschwert. Adenauers Freund, Staatespräsident de Gaulle, kann das noch viel besser. In Paris wurde jetzt bekannt, daß der von de Gaulle angekündigte Austritt Frankreichs aus der NATO nicht einmal im Kabinettsrat besprochen worden sei; von einer Diskussion in der Nationalversammlung ganz zu schweigen. Französische Journalisten mit hervorragenden Beziehungen zum Auswärtigen Amt in Paris erzählen, ein offizieller Regierungssprecher habe eine Stunde vor Bekanntwerden der de Gaulle'schen Ankündigung auf eine entsprechende Frage gesagt, Tatsache sei zwar, daß de Gaulle die französischen Offiziere aus den NATO-Stäben zurückziehen werde, "völlig frei erfunden" sei dagegen die Behauptung, der Staatspräsident wolle Frankreich ganz aus der NATO herauslösen. Und am Abend vor der Bekanntgabe von de Gaulles Entscheidung habe ein Kabinettsmitglied bei einem Essen erklärt, Gerüchte dieser Art seien "böswillige Unterstellungen"; er müsse das genau wissen, denn in der letzten Kabinettsitzung sei nicht ein Wort über die ganze Angelegenheit geredet worden. Von amerikanischen in Paris arbeitenden Journalisten wird sogar behauptet, der stellvertretende US-Außenminister Ball habe bei seinem letzten Gespräch mit dem französischen Außenminister nur zu hören bekommen, Frankreich wolle die Organisationsform der NATO ändern - "und sonst gar nichts".

Wenn alle diese in Paris kursierenden Gerüchte auch nur einen Funken Wahrheitsgehalt haben, muß man künftig Adenauers einsame Beschlüsse als kleine Fische betrachten.

+ + +

VOR ZWANZIG JAHREN

Wie die Sowjets im Gebiet von Magdeburg
die "Einheitspartei" erzwangen

Von Gustav Schmidt-Küster, Hannover

Magdeburg war 1945 zunächst unter britischer Besetzung: Wir Sozialdemokraten versuchten gleich zu Beginn, einen Status für die demokratischen Parteien zu erreichen. Wir wurden aber trotz mehrfacher Besuche hingehalten und vertröstet. Der Grund für diese Verzögerung offenbarte sich uns bald, und zwar durch den Einmarsch der Roten Armee und den Abzug der bisherigen Besatzung.

Zunächst versuchten Ernst Thape, Werner Brusckke und ich, Verbindung zur neuen Besatzungsmacht aufzunehmen. Es gab von Buchenwald her Ideen zur sofortigen Gründung einer Einheitspartei, also einer gemeinsamen Partei der Sozialdemokraten und der Kommunisten. Wir bemerkten aber sehr bald, daß das bei den russischen Verantwortlichen nicht gewollt und ungünstig beurteilt wurde. Erst später, als man feststellte, daß die KPD in der Bevölkerung nur geringe Resonanz fand, hat man die alte Idee wieder aufgegriffen, eine Einheitspartei gegründet und SPD und KPD zur SED zwangsvereinigt.

Moskau hatte gut geplant

Sofort nach Einzug der russischen Kommandostellen wurde uns deutlich, daß alles sehr gewissenhaft von langer Hand vorausgeplant war. Ganz sicher hat es lange vorher in Moskau mit den KP-Emigranten entsprechende Sandkastenspiele gegeben, denn mit der Roten Armee kamen gleichzeitig die kommunistischen Spitzenfunktionäre aus Moskau und bildeten überall von vorausbestimmten Zentralorten ihren eigenen Apparat. Erst als dieser nur andeutungsweise stand, wurde die Zurückhaltung uns gegenüber aufgegeben; es wurden Kontakte zwischen KPD und SPD aufgenommen.

Der alten Hochburg der Sozialdemokraten - der Roten Stadt im Roten Land - dem Industriezentrum Magdeburg mißtrauten die Russen und die Kommunisten gleichermaßen. Deshalb wurde auch nicht Magdeburg, das bis dahin das dominierende Zentrum der Provinz Sachsen war, zum Sitz der Landesgremien bestimmt, sondern Halle a.d. Saale. Nach hier wurde die spätere Landesregierung gelegt und auch von hier aus die Landespolitik von den Parteien dirigiert. So mußten auch gleich zu Beginn dieser neuen Ära Thape und Brusckke nach Halle; der eine als Minister und der andere als Sekretär der SPD für die Provinz Sachsen.

Das Entwurzeln der Menschen und das Versetzen der wesentlichen Leute gehört zum System des sowjetischen Machtapparates und wurde auch später intensiv gefördert. Der bekannte Mann bzw. die populäre Persönlichkeit wird aus dem Heimatkreis herausgekommen und in einen neuen Lebenskreis verpflanzt. Damit verliert er seine Bekanntheit und gleichzeitig seine Wirksamkeit in der neuen Umgebung.

Demontagen - Reparationen

Mit der russischen Besetzung kamen auch gleichzeitig Wirtschafts- und Kulturexperten. Sie besetzten sofort alle wesentlichen Betriebe und kulturellen Institutionen. Ihr Auftrag war nicht nur kontrollierender, sondern vielmehr abschöpfender und abbauender Art, wie es sich bald

herausstellen sollte. Es ging ja vornehmlich um Reparationsleistungen, um den Abbau deutscher Produktionskapazität und um Überführung der Werte in sowjetisches Gebiet. Man berief sich dabei immer auf das Potsdamer Abkommen. Was bei diesen Aktionen alles für unsinnige Maßnahmen der einzelnen sogenannten Kommandeure getroffen wurden, ist sagenhaft; es würde zu weit führen, sie hier näher zu erläutern.

Aus allen Industriezweigen wurde eben rücksichtslos und rigoros demontiert. Es gab ja kaum Widerstand. Wer murrte oder opponierte, wurde einfach als "Volksfeind" eingesperrt, außerdem auch später noch verantwortlich gemacht für angebliche Veruntreuung, und zwar besonders in solchen Fällen, in denen von der Armee größere Zucker- und andere Lebensmittelbestände requiriert und entführt worden waren. Dafür mußten die deutschen Verantwortlichen sehr häufig Anklageschriften hinnehmen und harte Bestrafungen über sich ergehen lassen.

Nur Sozialdemokraten setzten sich zur Wehr.

Die Kommunisten waren bei diesen Aktionen völlig befangen. Sie galten doch als Freunde der sowjetischen Machthaber und wurden infolgedessen an ihrer Parteilehre gepackt, damit sie schließlich zu allem JA und AMEN sagten. Eigentlich waren nur die Sozialdemokraten diejenigen, die es wagten, Einsprüche gegen ungerechte Beschlagnahmen und Requirierungen zu erheben. Sie fanden gerade hierbei vor sich selber und vor ihrem Gewissen eine Genugtuung, wenn sie versuchten, dem Volke zu helfen, indem sie nicht einfach alles hinnahmen, sondern sich tatkräftig zur Wehr setzten.

Bei allen Entscheidungen wirkten russische Offiziere mit. In allen Gremien und allen Ausschüssen saßen die Vertreter der SMA. Die extrem stalinistischen Methoden wurden rücksichtslos im Schutze der im Hintergrund herrschenden Roten Armee und der im Schatten stehenden NKWD (GPU) angewandt, und zwar auf Kosten der Gesamtbevölkerung der sowjetischen Besatzungszone.

Keine parlamentarische Vertretung

Zu dieser Zeit gab es ja noch keinerlei parlamentarische Vertretungen. Überall regierten, soweit das überhaupt möglich war, kommissarisch eingesetzte Vertreter. Ob in den Kreisen oder in den Kommunen, überall gab es nur berufene Vertreter ohne einen direkten demokratischen Auftrag. Diese Zeit, in der die parlamentarische Kontrolle fehlte, nutzten die Kommunisten im Verein mit der Besatzungsmacht, um zunächst überall die Polizei unter ihr Kommando zu bekommen. Sie besetzten stillschweigend die wesentlichsten Positionen mit zuverlässigen KP-Leuten. Eines Tages erreichte uns aus allen Teilen des Landes die Nachricht, daß man eben kurzerhand einen Wechsel bei den Polizeistellen vorgenommen und uns unbekannte Personen zu Polizeikommandeuren bestellt hatte. Da nutzten alle unsere Proteste nichts. Die Umbesetzungen waren eben ein Fakt und auch eine Realität, woran wir einstweilen nichts ändern konnten.

Proteste waren sinnlos

Ähnlich verfuhr man auch in den Industriebetrieben und in der Wirtschaft. -Eines Tages wurde ich zum russischen General gerufen und fand dort unseren Oberbürgermeister vor, der ebenfalls schon hinbefohlen worden war. Es wurden uns in Anwesenheit der KP-Bezirksleitung acht Männer als die künftigen Direktoren der größten Industriebetriebe Magdeburgs vorgestellt. Unser Protest nützte überhaupt nichts. Es war wieder einmal alles fix und fertig vorausgeplant. Es handelte sich bei diesen Menschen wiederum ausnahmslos um KP-Funktionäre, die zumeist keinerlei entsprechende Voraussetzung und Vorbildung für diese Ämter

mitbrachten, sondern nur aufgrund ihrer Gesinnung dazu auserkoren werden waren. Sie brauchten auch nichts von ihrem neuen Job zu verstehen, denn sie waren nur als Befehlsempfänger engagiert. Die wirklichen Leiter der Unternehmungen waren Herren von der russischen Besatzungsmacht, wie man so schön sagte: Fachleute in russischer Uniform.

Korruption und Zwang

Inzwischen wurde genauso stillschweigend versucht, unsere eigenen Freunde mit Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Dingen zu korrumpieren, um dadurch in unseren Reihen Verwirrung zu stiften. Man versuchte also z.B., unsere Funktionäre mit Lebensmitteln oder Kohlen oder Fensterglas zu bestechen. Man versuchte daneben auch, mit drakonischen Zwangsmitteln Unterschriften zu erpressen und die Menschen zu sogenannten guten Mitarbeitern der NKWD und der SMA abzustempeln. Unsere Spitzenfunktionäre wurden fast ständig von russischen Polit-Offizieren begleitet, und ihr Wirken wurde auf Schritt und Tritt überwacht. Ich selbst wurde Tag und Nacht von zwei Polit-Majoren beschattet und - wie ich später erfuhr - in meinem Haus auch noch von einem NKWD-Offizier kontrolliert. Wenn ich in irgendeinem Kreisort eintraf, wußte sofort die zuständige Kommandantur Bescheid und stellte zu der betreffenden Zusammenkunft - angeblich uneigennützig - Überwacher zur Verfügung.

Grotewohls Illusionen

Otto Grotewohl, den Vorsitzenden der gesamten Zonen-SPD, lernte ich auch in Begleitung eines russischen Offiziers kennen. Ich wurde eines Tages in eine Kantine der SMA gerufen, und dort war Otto Grotewohl mit seinem Begleiter anwesend, um mit uns über die Fortführung der Parteiarbeit zu sprechen. Hinter der vorgehaltenen Hand flüsterte er uns dann zu, daß sein Begleiter ein "guter Mann" sei und wir keine Sorgen zu haben brauchten; wir könnten ruhig reden...

Ich traf ihn dann öfter in Berlin und in Magdeburg. Er glaubte damals, daß es für Deutschland und für die Wieder-Vereinigung ungeheuer wichtig sei, wenn er die Politik der Zone beeinflussen könnte, um mit Hilfe der Russen zu einem Übereinkommen für Gesamtdeutschland zu gelangen. Er kam auch regelmäßig von seinen Reisen in die Bundesrepublik - zu uns nach Magdeburg. Aus seinen Darstellungen mußten wir entnehmen, daß Kurt Schumacher keine Übereinkunft wolle. Grotewohl rechtfertigte sein Tun und Handeln dann mit der Bemerkung, daß wir allein die richtige sozialdemokratische Politik zugunsten des deutschen Volkes machen müßten.

Wie Zeitungen entstanden

Auch zeitungspolitisch wurden wir Magdeburger wie ein Stiefkind behandelt. Es wurde für die Sozialdemokraten der Provinz Sachsen in Halle das VOLKSBLATT geschaffen und für alle Gebietsteile auch gedruckt. Ich habe mehr als einmal erlebt, daß der Versand dieser Zeitungen verzögert wurde, weil der Zensor die Seiten noch nicht freigegeben hatte. - Den Magdeburgern gestattete man unter gar keinen Umständen den Druck einer eigenen Zeitung. Das erfolgte erst, als in Magdeburg kommunistische Spitzenfunktionäre Verlag und Redaktion eingerichtet hatten, um dann nach der Zwangsvereinigung ein Blatt mit dem gestohlenen Titel VOLKSSTIMME für alle SPD- und KPD-organisierten Menschen zu gestalten.

Ähnlich war es auch bei unseren Buchverlagsplänen. Eine Lizenz wurde uns nicht erteilt. Dem Antrag, das Kommunistische Manifest herauszugeben, wurde erst nach 1 1/2 Jahren stattgegeben, und dann brachte es die KPD-Bezirksleitung - also die Kommunisten - heraus.

"Parität"

Schon Ende 1945 und noch stärker Anfang 1946 geisterte das Wort Parität durch unsere Reihen. Es schien das große Allheilmittel der russischen Polit-Offiziere zu sein, womit man uns für die Vereinigung gefügig machen wollte. - Ich sehe noch heute im Geiste während einer Sitzung von Gewerkschaftlern, KPD- und SPD-Funktionären den Telefonhörer auf dem Tisch liegen; der anwesende kleine politische Offizier hatte also seinen Herrn und Meister, den Major G., angerufen. Es dauerte auch nicht lange, und der Herr erschien höchst persönlich. Er drängte uns sozusagen in die Ecke mit der Suggestivfrage, warum wir gegen die paritätische Besetzung von Kommunisten und SPD-Leuten seien. Es war die Zeit der Konferenzen im ganzen Lande. Es sollten Delegierte für die Partei- und Gewerkschaftstage gewählt werden. Als man festgestellt hatte, daß unsere Spitzenfunktionäre das Spiel mit der Parität nicht mitmachen wollten, ließ man keinen unserer Freunde zu den Kreiskonferenzen mehr zu. Vor den Eingängen standen russische Offiziere und dirigierten sie zu den Kommandanturen des Kreises und die Bezirksfunktionäre zur Kommandantur nach Halle. - All das nützte nichts. Die Sozialdemokraten in den Konferenzen wußten jetzt zwar, was hier geschah, stimmten aber trotzdem für die sozialdemokratische Mehrheit. Später wurden einfach zusätzlich kommunistische Funktionäre zu diesen Konferenzen geschickt, damit das Ergebnis nach außen hin anders dargestellt werden konnte.

"Wir werden schimpfen"

Mit Generalmajor Kottikow, der zunächst in Halle für die ganze Provinz Sachsen residierte und später in Berlin die Herrschaft übernahm, habe ich einige Begegnungen gehabt. Das begann zunächst mit großen Empfängen, großen Essen und entsprechenden Trinkgelagen und endete dann mit der Bemerkung: "Wir werden schimpfen".

In Gegenwart vom Minister, Oberbürgermeister und den entsprechenden KP-Funktionären wurde ich dann verantwortlich gemacht für die gesamte landwirtschaftliche Produktion und für die sogenannten Veruntreuungen: die Verluste an Milch, Butter, Zucker und Kartoffeln. Mit einer kleinen Kinderrechenmaschine errechnete der Generalmajor das theoretische Aufkommen und die tatsächlichen Ablieferungsquoten, verglich diese und machte mich und meine Freunde für die Differenz verantwortlich. In Wirklichkeit wußte er - wie wir -, daß große Mengen der Produkte, die jetzt angeblich fehlten, für die Rote Armee und teilweise nach Rußland inoffiziell auf Lastwagen abtransportiert worden waren. Das aber ist ihr System: den Menschen schuldig werden zu lassen, ihn schließlich vor aller Welt zu diskriminieren, um ihn dann von seiner Position zu entfernen.

Der Ausweg

Nachdem alle Versuche, meine Freunde und mich für die Vereinigung beider Parteien zu gewinnen, scheiterten, folgten unliebsame Zwangsmaßnahmen, öffentliche Anklagen, Bestrafungen und Inhaftierungen. Man wollte uns unter allen Umständen von den Konferenzen und Parteitagen fernhalten und suchte nach Gründen, um das möglichst unauffällig tun zu können. Viele meiner Freunde gingen bereits 1946 über die grüne Grenze in den Westen. Ich mußte erst noch vier Monate wegen angeblichen Verstoßes gegen das Pressegesetz von 1871 in Untersuchungshaft verbringen und konnte erst im Jahre 1947 durch den damals noch durchlässigen "Eisernen Vorhang" in die Freiheit gehen.

Die sogenannte Einheitspartei hatte man inzwischen mit allen verfügbaren Mitteln erzwungen, wobei die Masse der SFD-Mitglieder völlig resignieren mußte.